

# Arbeitspapier

herausgegeben von der  
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Nr. 63  
Viola Neu

## **Die PDS zwischen Utopie und Realität: Bundestagswahlprogramm und Regierungsbeteiligung in den Ländern**

Sankt Augustin, April 2002

ISBN 3-933714-05-2

Ansprechpartner: Dr. Stephan Eisel  
Leiter der Hauptabteilung  
„Innenpolitik und Soziale Marktwirtschaft“  
Telefon: 0 22 41/246-630  
E-Mail: [stephan.eisel@kas.de](mailto:stephan.eisel@kas.de)

Viola Neu  
Leiterin des Teams „Politische Kommunikation,  
Parteien- und Meinungsforschung“  
Telefon: 0 22 41/246-249  
E-Mail: [viola.neu@kas.de](mailto:viola.neu@kas.de)

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin

**Gliederung**

|                                                 |       |
|-------------------------------------------------|-------|
| 1. Einleitung                                   | S. 2  |
| 2. Die Ausgangslage für die Bundestagswahl 2002 | S. 4  |
| 3. Das Wahlprogramm der PDS                     | S. 5  |
| 3.1 Die wirtschaftspolitischen Forderungen      | S. 5  |
| 3.2 Innere und äußere Sicherheit                | S. 9  |
| 3.3 Vertretung ostdeutscher Interessen          | S. 10 |
| 3.4 Abschließende Betrachtung                   | S. 11 |
| 4. Die PDS in Mecklenburg-Vorpommern            | S. 12 |
| 5. Die PDS in Sachsen-Anhalt                    | S. 15 |
| 6. Die PDS in Berlin                            | S. 18 |
| 7. Schlussbetrachtung                           | S. 22 |

## 1. Einleitung<sup>1</sup>

Die Frage des „ob“ von Koalitionen zwischen PDS und SPD hat sich spätestens seit der SPD-PDS-Koalition Berlin in ein „wie“ verändert. Die PDS ist der SPD ein willkommener Koalitionspartner. Beteuerungen, dass es auf Bundesebene nicht zu einer Koalition mit der PDS kommen werde, können heute in das Reich der Legenden verwiesen werden. Je nach Ausgang der Bundestagswahl werden, wie auch in Berlin, rein arithmetische Tatsachen und machtpolitische Überlegungen über das Zustandekommen einer SPD-PDS-Koalition entscheiden.

Der Strategiewechsel der SPD, der 1994 in Sachsen-Anhalt mit der ersten Tolerierung begann und 1998 mit der erneuten Tolerierung der SPD-Regierung fortgesetzt wurde, 1998 in der ersten Koalition in Mecklenburg-Vorpommern und 2001 in die rot-rote-Koalition in Berlin mündete, wird auch vor der Bundesebene nicht halt machen. Die PDS scheint vielmehr der Wunschkandidat der SPD zu sein. Ein Schelm, wer böses dabei denkt, dass die Verhandlungen der Ampel in Berlin an der Einführung neuer Abgaben/Steuern scheiterten, die in den Koalitionsverhandlungen von PDS und SPD nicht einmal angesprochen wurden.

Spätestens mit der rot-roten-Koalition in Berlin hat die SPD, die immerhin auf die längste demokratische Parteitradition in Deutschland zurückblicken kann, deutlich gemacht, dass die PDS als Koalitionspartner mehr als willkommen ist. Ohne Not hat die SPD der PDS eine demokratische Unbedenklichkeitsbescheinigung ausgestellt, die die PDS noch immer nicht erfüllen kann. Nach wie vor hält die PDS Kontakte im linksextremistischen Bereich aufrecht, eine Tatsache, die bei den Republikanern zu einer Einstufung als extremistische Partei ausreichend war. Auch hat sich die PDS nach wie vor nicht von ihrem Ziel, dieses politische System zu überwinden, trennen können. Damit scheint sich der antitotalitäre bzw. der antiextremistische und zugleich demokratische Grundkonsens der Bundesrepublik in einen tatsächlich „antifaschistischen“ zu wandeln. Der PDS, die den Kampf um die „kulturelle Hegemonie“ führt, um damit das politische und wirtschaftliche System der Bundesrepublik – auch ohne parlamentarische Mehrheiten – nach sozialistischem Gusto zu transformieren, wurde hierzu eine Generalvollmacht erteilt.

Die PDS kokettiert jedoch mit der Frage, ob sie auf Bundesebene als Koalitionspartner zur Verfügung steht. Eben so sehr wie sie sich auf eine Regierungsbeteiligung vorbereitet, beteuert sie, dafür nicht zur Verfügung zu stehen und baut vorsorglich im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik Hürden auf. Doch sollten diese „Antagonismen“ nicht überbewertet wer-

---

<sup>1</sup> Vgl. Jürgen Hoffmann/Viola Neu: Getrennt agieren, vereint marschieren? Die Diskussion über ein Linksbündnis bei SPD, Grünen und der PDS, Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.); Interne Studien Nr. 162/1998, St. Augustin, 1998; Viola Neu, SPD und PDS auf Bundesebene: Koalitionspartner im Wartestand?, Arbeitspapier Nr. 5/2001, Sankt Augustin, Februar 2001.

den. Die selbsternannte Partei der sozialen Gerechtigkeit ist z.B. in Berlin durchaus bereit, dramatische Einsparungen im sozialen Bereich mitzutragen.

Die inhaltliche Positionierung der PDS im Bundestagswahlkampf hat daher strategischen Charakter. Die PDS generiert sich als Friedenspartei, weil sie hofft, im Westen in das Potential der Grünen eindringen zu können und sie versucht als Oppositionspartei nach wie vor Protestwähler zu mobilisieren. Vorsorglich hat die Parteivorsitzende Gabriele Zimmer auf dem Bundesparteitag der PDS (16.-17.3.2002 in Rostock) die Doppelstrategie der PDS begründet: „Wer die Instrumentarien des parlamentarischen Systems nutzt, läuft immer Gefahr, sich anzupassen. Diese Instrumentarien jedoch nicht zu nutzen, wäre politisch verantwortungslos“. Ob eine Regierungsbeteiligung der PDS nun „mittelfristig“<sup>2</sup> oder unmittelbar bevorsteht, wird durch das Wahlergebnis bestimmt.

Unmittelbar nach dem Parteitag hat Helmut Holter die Kompromissbereitschaft seiner Partei selbst in außenpolitischen Fragen schon angekündigt.<sup>3</sup> Entgegen der Beschlusslage der Partei (und seines eigenen Landesverbandes, der jüngst die Auflösung der NATO beschlossen hat<sup>4</sup>) spricht er sich dafür aus, dass die PDS Realitäten anerkennen müsse wie Deutschlands Mitgliedschaft in der NATO und die Beteiligung an Militäreinsätzen mit UNO-Mandat. Auch Bundesgeschäftsführer Bartsch beteuert, dass die PDS im Bund regierungs- und koalitionsfähig sei, allerdings gegenwärtig in Opposition zur Regierungspolitik stehe. Damit lässt die PDS alles offen.

Dass der Sprung auch in eine Koalition auf Bundesebene möglich ist, zeigen die laufenden Debatten. Vor dem Hintergrund dieser Gemengelage soll der politische Forderungskatalog der PDS für die Bundestagswahl 2002 analysiert werden. Unabhängig von der konkreten politischen Arbeit der PDS, wird zunächst ein Blick auf das Programm zur Bundestagswahl 2002 geworfen.<sup>5</sup> Dieses kann als die aktuellste politische Positionierung der PDS interpretiert werden, da es unter dem Aspekt möglicher Koalitionen auf Bundesebene verfasst wurde. In ei-

---

<sup>2</sup> Rede von Gabriele Zimmer auf dem Bundesparteitag in Rostock, 16.-17.3.2002.

<sup>3</sup> Neues Deutschland, 19. März 2002 „Holter für Kompromisse auch in Außenpolitik“.

<sup>4</sup> Neues Deutschland, 11. März 2002 „Mit Gramkow und Bartsch an der Spitze“.

<sup>5</sup> Es geht auch anders: Nur Gerechtigkeit sichert Zukunft! Programm der PDS zur Bundestagswahl 2002. (In der Internet-Fassung vom 19.3.2002, <http://www.sozialisten.de/wahlen/dokumente/Wahlprogramm/-index.htm>; zitiert als: Bundestagswahlprogramm 2002. Ursprünglich: Bundestagswahlprogramm 2002 (Entwurf), Pressedienst der PDS, Nr. 4/2002, „Es geht auch anders: Nur Gerechtigkeit sichert Zukunft Programm der PDS zur Bundestagswahl 2002. Leitantrag an den Rostocker Parteitag. Beschluss des Parteivorstandes vom 11. Januar 2002.“ Auf dem Rostocker Parteitag wurde jedoch nicht über diesen Entwurf abgestimmt, sondern über eine von der Antragskommission vorgelegte völlig neu überarbeitete Fassung. Dieses Verfahren ist einigermaßen eigentümlich. Im Antragsheft war noch der ursprüngliche Entwurf enthalten. Das von der Antragskommission vorgelegte Abstimmungsheft weicht von dem Entwurf stark ab. Damit wurde von der Antragskommission auf der Basis der Anträge ein völlig neues Bundestagswahlprogramm den Delegierten vorgelegt, über das sie sich im Vorfeld nicht informieren konnten. Die Änderungen zum ursprünglichen Entwurf waren nicht gekennzeichnet. Dieses Beschlussverfahren kann höflich als „ungewöhnlich“ charakterisiert werden.

nem zweiten Schritt werden Kooperations- und Koalitionsergebnisse der SPD und der PDS in den Ländern im Zentrum stehen. Dabei steht die Frage, ob und inwieweit die PDS ihr ideologisches Tafelsilber zugunsten einer Machtbeteiligung veräußert, im Mittelpunkt.

## 2. Die Ausgangslage für die Bundestagswahl 2002

Im Unterschied zu allen anderen Parteien lässt die PDS bei den programmatischen Forderungen die Frage der politischen Machbarkeit aus den Augen. Sie fordert - z.T. durchaus Wünschenswertes - aber in der Kernsubstanz die Realisierung von Utopien. Die unrealistische Zusammenschau ist aber nicht zufällig. Vielmehr ist sie einer langfristigen Strategie der PDS geschuldet. Um das ureigenste Ziel - den Neo-Sozialismus - zu erreichen, setzt die PDS nicht auf eine Revolution. Sie will vielmehr die Demokratie überdehnen und den Staat überfordern, um so die „Gegenmächte“ zu mobilisieren. Daher setzt die PDS auf Zersetzung von Innen.

Was die - damals noch kritisierten Vordenker der Partei schon zu Beginn der 90er Jahre planten - nämlich nur den Spielraum der Demokratie für die eigenen Zwecke auszunutzen anstatt von Revolutionen zu träumen, ist parteipolitisch akzeptiert. Man will die „Instrumentarien“ nutzen und mit dem Mittel der politischen Erpressung Druck ausüben, damit auch ohne entsprechende Mehrheiten in der Bevölkerung politische Ziele durchgesetzt werden können. „Ohne entsprechenden politischen Druck werden sie sich auch nicht wandeln“.<sup>6</sup> Damit steht die PDS nahtlos in der Tradition kommunistischer „Bündnispolitik“ seit 1935.

Seit Mitte der 90er Jahre hat sich die Strategie von Antonio Gramsci<sup>7</sup> der Erringung der „kulturellen Hegemonie“ in der PDS zunehmend durchgesetzt und findet jetzt in den aktuellen programmatischen Aussagen ihren Niederschlag. Man will in der bürgerlichen Gesellschaft möglichst viele Bündnispartner gewinnen, die sich – nolens volens – für die Ziele der PDS benutzen lassen. Mit diesen Allianzen sollen die Werte der bürgerlichen Demokratie, ihre Wirtschafts- und Zivilordnung überfordert und letztlich diskreditiert werden. Kommt es zu einer Krise, findet die bürgerliche Demokratie nicht ausreichend Rückhalt, wodurch dann die Stunde der Kommunisten/Sozialisten schlägt. André Brie (MdEP und „strategischer Vordenker der PDS) hat mehrfach darauf hingewiesen, dass die Demokratie genügend Raum und

---

<sup>6</sup> Rede von Gabriele Zimmer auf dem Bundesparteitag in Rostock, 16.-17.3.2002

<sup>7</sup> Antonio Gramsci war von 1924 bis 1926 Vorsitzender der Partito Comunista Italiano. Von 1926 bis zu seinem Tod 1937 war er im Gefängnis. Gramsci, der orthodoxer Kommunist war und durch die Inhaftierung von der politischen Entwicklung des Stalinismus isoliert war, gilt als einer der Vorväter des Eurokommunismus. Aus der Analyse der Verhältnisse der bürgerlichen Demokratie verwarf er Lenins Revolutionstheorie, da sie nach seiner Ansicht nicht in der Lage sei, diese Systeme zu stürzen. Er glaubte, dass neben der reinen Machterringung der Kommunisten erst der Kampf um die „kulturelle Hegemonie“ gewonnen werden müsse, da er befürchtete, dass die westliche Zivilgesellschaft eine robuste Struktur hätte, die den Sieg der Revolution verhindern würde. Daher muss auch der Kampf um die Köpfe der Menschen gewonnen werden um dann den Staatsapparat zu zerschlagen.

Freiheit bietet um dieses Ziel zu betreiben. Um es anders zu formulieren: Die PDS will mit den Optionen, die die freiheitliche Zivilgesellschaft bietet, diese im Kern zerstören, um sie zu überwinden. Auch hier ist die Parallele zur KPD-Strategie seit 1935 überdeutlich.

Die PDS ist sich durchaus bewusst, dass sie aus der politischen Defensive und einer Minderheitensituation heraus versuchen muss, ihre Ziele umzusetzen. Demokratische Mehrheiten, um ihre Vorhaben demokratisch legitimiert umzusetzen, erscheinen der PDS wie zuvor der KPD/SED unrealistisch. Und das Damoklesschwert der Fünf-Prozent-Hürde schwebt zudem permanent über ihr.<sup>8</sup> Ihr Ziel ist nach wie vor die Errichtung des Sozialismus und die Zerschlagung der bürgerlichen Demokratie, in der Sprache der PDS die „Überwindung des Kapitalismus“.

Die parlamentarische Demokratie ist für sie nach wie vor eine Spielart des Kapitalismus. Dennoch zeigen sowohl der Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm als auch das Programm der PDS zur Bundestagswahl 2002 eine neue sprachliche Dimension. Statt des durch die SED-Diktatur in Verruf geratenen Begriffs „Verstaatlichung“ oder „Enteignung“ verwendet die PDS jetzt z.B. den Begriff Demokratisierung. Umverteilung taucht häufig im Gewande von Solidarität auf und soziale Gerechtigkeit hat den Begriff Klassenkampf ersetzt. Damit versucht die PDS sich als moderner Robin-Hood darzustellen, man wolle ja nur den Reichen nehmen und den Armen geben.

Antiparlamentarische Vorbehalte verschwinden hinter Forderungen nach direkter Demokratie, die aus der Sicht der PDS die Möglichkeit der Einflussnahme kleiner aktivistischer Kerne ohne Mehrheiten bietet. Der sprachlichen Erneuerung ist auch geschuldet, dass die PDS Schlagworte benutzt, die man eher bei einer wirtschaftsliberalen Partei zu finden glaubt. In Ostdeutschland (nicht in Westdeutschland!) will die PDS eine „Innovations-, Investitions- und Gründungsoffensive für ostdeutsche Unternehmen“. Insgesamt ist der PDS zwar die sprachliche Erneuerung gelungen. Durch die Hintertür und in gefälligen Formulierungen erlebt das gescheiterte Staatsmodell des Sozialismus in den Farben der DDR seine Auferstehung.

### **3. Das Wahlprogramm der PDS**

#### **3.1 Die wirtschaftspolitischen Forderungen**

Wie bei fast allen Parteien, ist die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auch bei der PDS das Top-Thema. In dem 2001 vorgestellten Programmentwurf (Entwurf des Grundsatzprogramms) erhebt die PDS Arbeit und Erwerb zum elementaren Gut und Menschenrecht, das

---

<sup>8</sup> Deswegen fordert sie auch in ihrem Bundestagsprogramm die Abschaffung.

Menschen für ein selbstbestimmtes Leben brauchen.<sup>9</sup> Die PDS geht davon aus, dass die „kapitalistischen Märkte bei der Überwindung der Arbeitslosigkeit“ versagen. Daher muss der Staat Arbeitsplätze schaffen; im Diktum der PDS zu „öffentlich geförderter Beschäftigung in gemeinnützigen Bereichen“ die Mittel zur Verfügung stellen, die dann u.a. für „privat nicht finanzierbare Produktionen“ eingesetzt werden.<sup>10</sup>

Beschäftigungsförderung aus öffentlichen Mitteln ist auch für andere Parteien Gang und Gäbe, aber für die PDS bedeutet es mehr: Es ist kein Korrektiv für das Versagen oder die Unzulänglichkeiten der Privatwirtschaft, sondern Mittel zu ihrer Überwindung. Diese Grundmaximen finden sich fast wortwörtlich im Programm zur Bundestagswahl wieder. Im Programm für die Bundestagswahl 2002 fordert die PDS konkret, dass „die Einkommens- und Lebensinteressen der Menschen ... gegenüber den Profitinteressen, zumal denen der Banken und transnationalen Großkonzerne durchgesetzt werden“<sup>11</sup> müssen. Und so kämpft die PDS „gegen die Vorherrschaft des Großkapitals in Staat und Gesellschaft“.<sup>12</sup> Hier spiegelt sich das Substrat kommunistischer Verschwörungsideologie und Legitimationsstrategien wider, nachdem sich das „Kapital“ die „bürgerliche Demokratie“ hält und diese kontrolliert, um ungehindert seine Profitmaximierungsstrategien zu betreiben und die wahre und eigentliche Demokratie, nämlich die sozialistische, zu verhindern.

Interessant ist, wie die PDS versucht durch anscheinend harmlose Forderungen den Inhalt des Grundgesetzes fundamental zu verändern. Sie fordert, dass Arbeit als Grundrecht aufgenommen wird.<sup>13</sup> Dies würde bedeuten, dass der Staat die Verfügungsgewalt über die Wirtschaft erhalten muss und den Arbeitseinsatz bestimmt. Dies würde in letzter Konsequenz den Wesensbestand des Grundgesetzes, insbesondere die Freiheitsrechte im Kern einschränken und die Neutralität der Wirtschaftsverfassung im Grundgesetz beseitigen.

Subtiler ist die Behauptung, dass die PDS das Grundgesetz verteidigen würde, gefolgt von einer kompletten Umwertung der Werte und Normen des Grundgesetzes: „Wir streiten auf seiner (des Grundgesetzes, Anm. d. Verf.) Grundlage für den Vorrang sozialer Verantwortung, den Schutz der Bürgerrechte, gegen die Überlassung der Wirtschaftspolitik an das Spiel der freien Kräfte für eine sozialistische Zukunft“.<sup>14</sup> Damit wird nicht nur die Wertehierarchie des Grundgesetzes auf den Kopf gestellt, das dem Individuum und seiner Freiheit immer höchste Priorität einräumt, sondern auch die Tragweite des Sozialstaatsprinzips unzulässig

---

<sup>9</sup> Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus –Entwurf; in: Pressedienst der PDS Nr. 17/2001, S. 3.

<sup>10</sup> Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus – Entwurf; in: Pressedienst der PDS Nr. 17/2001, S. 18.

<sup>11</sup> Bundestagswahlprogramm, S. 3.

<sup>12</sup> Bundestagswahlprogramm, S. 2.

<sup>13</sup> Bundestagswahlprogramm, S. 11.

<sup>14</sup> Bundestagswahlprogramm, S. 17.

überzogen, wenn es für alle möglichen sozial- und gesellschaftspolitischen Forderungen reklamiert wird. Gerade mit der immer wieder auftauchenden Forderung nach umfassenden staatlichen Sozialmaßnahmen wird die Selbstverantwortung des Individuums aufgehoben. Der Mensch wird zum Objekt staatlicher Betreuung und Bevormundung herabqualifiziert.

In einem anderen Bereich setzt sie die Freiheit der Wissenschaft und Forschung außer Kraft, indem der „gesellschaftliche Einfluss“<sup>15</sup> auf Wissenschaft und Forschung gestärkt werden soll, was gleichzusetzen ist mit staatlicher und schlimmer noch mit parteipolitischer Kontrolle und Planung. Schon in der DDR stand die Forschung, wie es die PDS jetzt formuliert „in gesellschaftlicher Verantwortung“, war also den Vorstellungen und Ansprüchen der SED untergeordnet.

Bei der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik setzt die PDS auf Instrumente, die die DDR in den wirtschaftlichen Ruin trieben. Die PDS setzt dabei zwar nicht die SED-Politik 1:1 um. Das staatliche Eigentum an den Produktionsmitteln tritt programmatisch in den Hintergrund. Die PDS will jedoch die reale Verfügungs- und Steuerungsgewalt über die Wirtschaft erhalten. Dies ist der sozialistischen Ideologie geschuldet, bei der bekanntermaßen die Eigentumsfrage im Nukleus aller Veränderungen steht. Die PDS möchte in allen Bereichen den regulierenden, steuernden Staat. Privatisierung, Markt und Selbstverantwortung treten völlig in den Hintergrund.

So will die PDS „Überwindung der Massenarbeitslosigkeit ... nicht dem Markt überlassen“, da es ohne Vollbeschäftigung nicht zu einer „nachhaltigen, sozialökologischen Entwicklung der Gesellschaft“ kommen würde.<sup>16</sup> Die Vorschläge, welche die PDS hierzu unterbreitet, stammen zum großen Teil aus der Mottenkiste realsozialistischer Planungsziele. Sie fordert dass „Wirtschafts- und Strukturförderung ... strikt an Beschäftigungsziele gekoppelt“<sup>17</sup> werden sollen. Der sozialistischen Tonnenideologie ist auch die Forderung geschuldet, dass „Arbeitsplatzvernichtende Rationalisierung ... weniger stark belohnt“ werden soll, aber „die Stellung arbeitsintensiver Unternehmen gegenüber kapitalintensiven“<sup>18</sup> verbessert werden müsse. In der Realität würde der Staat somit das Prinzip Dritte Welt fördern, viele billige arbeitsintensive Tätigkeiten gegenüber neuen Technologien und Rationalisierungen. Für eine Industrienation wie die Bundesrepublik würde die PDS versuchen, den Fortschritt, wenn nicht gerade in der Steinzeit so doch in der frühindustriellen Gesellschaft, zu suchen.

---

<sup>15</sup> Bundestagswahlprogramm, S. 16.

<sup>16</sup> Bundestagswahlprogramm, S. 3.

<sup>17</sup> Bundestagswahlprogramm, S. 3.

<sup>18</sup> Bundestagswahlprogramm, S. 10.



Ziel der PDS ist es, den staatlichen Sektor immer weiter auszubauen. Wenn Banken nicht zur Finanzierung bereit sind, sollen „stille Beteiligungsformen der öffentlichen Hand“ die Finanzierung sichern.<sup>19</sup> Zudem soll noch ein dritter Arbeitsmarkt geschaffen werden. Mit der Behauptung, dass „in unserer Gesellschaft ... der Bedarf an sozialen, kulturellen und ökologischen Dienstleistungen“ wachse und dieser „Bedarf .... marktwirtschaftlich nicht gedeckt“ werde, fordert die PDS, dass ein „öffentlich geförderter Beschäftigungssektor“<sup>20</sup> ausgebaut wird.

Populistisch saugt die PDS aus unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Modellen Honig. Zwar produziert sie damit Widersprüche, die im Wahlkampf jedoch kaum auffallen dürften. Sie integriert bspw. die von Lafontaine propagierte Konzeption der Erhöhung der Massenkaukraft. Auch wenn die Forderungen der Umwandlung von Überstunden in Arbeitsplätze selbst von den Gewerkschaften mittlerweile als wenig tauglich erachtet wird, taucht sie bei der PDS ebenso wieder auf, wie die Verringerung der Arbeitszeit bei vollem Lohn- und Gehaltsausgleich.

Die Frage der Finanzierbarkeit und die Fragwürdigkeit des gesellschaftlichen Nutzens ordnet die PDS ihren ideologischen Maximen unter: der Überwindung des „Kapitalismus“, der Befreiung von der marktradikalen Finanzlogik und der Brechung der Profitdominanz. Die PDS will „betriebswirtschaftlich verengtes Denken und Handeln zu Gunsten volkswirtschaftlicher Nutzeffekte ... überwinden“.<sup>21</sup> Inhaltlich bedeutet dies in ihrem Kontext Verstaatlichung, bzw. zumindest staatliche Lenkung.

Zudem stellt sie an die Wirtschaft Forderungen, die nur dann zu verwirklichen sind, wenn die Staatswirtschaft in den Farben der DDR wieder eingeführt wird: Die Wirtschaft wird als „annähernd demokratiefreie Zone“<sup>22</sup> charakterisiert. Die Überforderung der Privatwirtschaft findet z.B. ihren Niederschlag in der Forderung, dass gesetzliche Regelungen zur Gleichstellung von Frauen in der Privatwirtschaft erlassen werden.<sup>23</sup>

Konkret basieren die Finanzierungsvorschläge der PDS – wie üblich – auf Umverteilung.<sup>24</sup> Sie kritisiert, dass „hohe private Vermögen und Gewinne der Konzerne, insbesondere der Banken und Versicherungen aus der Finanzierung öffentlicher Ausgaben“ entlassen worden

---

<sup>19</sup> Bundestagswahlprogramm, S. 3.

<sup>20</sup> Bundestagswahlprogramm, S. 4.

<sup>21</sup> Bundestagswahlprogramm, S. 8.

<sup>22</sup> Bundestagswahlprogramm, S. 4.

<sup>23</sup> vgl. Bundestagswahlprogramm, S. 5.

<sup>24</sup> vgl. Bundestagswahlprogramm, S. 6 ff.

seien. Übersetzt heißt das, dass dies die ersten Ziele der Enteignungen oder enteignungsgleicher Maßnahmen sein würden.<sup>25</sup>

Die Finanzierung will die PDS über Steuererhöhungen sichern. Hierzu zählen: die Tobin-Steuer<sup>26</sup>, eine Einkommenssteuer, die das „tatsächlich erzielte Einkommen erfasst“, Individualbesteuerung und Abschaffung des Ehegattensplitting, Besteuerung von „Gewinnen aus der Veräußerung von Unternehmensanteilen und anderen Finanzanlagen“, eine „gewinnabhängig steigende Körperschaftssteuer“, „Mindestbesteuerung für Gewinne und andere Einkommen“, „höhere Beteiligung von großen Vermögen und Erbschaften“ (aus der Diskussion der PDS dürfte die Höchstgrenze für Erbschaften bei 200.000 € liegen; die Wiedereinführung der Vermögenssteuer für Privatvermögen ist eine Standardforderung), Erhöhung der Mehrwertsteuer für „Luxusgüter“ (die PDS spricht an anderer Stelle von 24 Prozent und lässt geflissentlich offen, was Luxusgüter sind) und Ersetzung der Ökosteuer durch eine Primärenergiesteuer.<sup>27</sup> Der Umverteilungsanspruch macht auch vor einem Ausstieg aus dem von Arbeitgebern und Arbeitnehmern finanzierten Sozialversicherungssystem keinen Halt. Die PDS fordert, dass „Einkommen aus Vermögensbesitz“<sup>28</sup> beitragspflichtig wird.

In der Umverteilungspolitik der PDS spiegeln sich die für den Sozialismus typischen Ziele einer nivellierten Gesellschaft wider. Die PDS glaubt nach wie vor, dass Enteignungen nationale Wirtschaften stimulieren. Dass die zwangsweise Nivellierung nach unten noch nie in der Weltgeschichte gefruchtet hat, zeigt zuletzt die Praxis des zu Recht untergegangenen Sozialismus.

### 3.2 Innere und äußere Sicherheit

Im Bereich der inneren Sicherheit greift sie tief in die „sozialistische Mottenkiste“. Kriminalität hat für die PDS „soziale Ursachen und Bedingungen“. Gewalt und Kriminalität werden so verharmlost und der Opferschutz wird nachrangig. Als größtes Übel erscheint der PDS „Wirtschaftskriminalität, Subventionsbetrug, Veruntreuung öffentlicher Gelder, Korruption und gesundheitsgefährdende Verstöße“<sup>29</sup>. Hierfür sollen die Strafverfolgungsbehörden besser aus-

---

<sup>25</sup> Der stellvertretende Bundesvorsitzende Dieter Dehm, hat Banken und Großkonzerne schon öffentlich ins Visier für Enteignungen genommen, vgl. Frankfurter Rundschau, 24. August 2001, Tageszeitung, 6. Oktober 2001.

<sup>26</sup> Besteuerung von internationalen Kapitaltransfers bzw. „spekulativer Devisenumsätze“. In den Kampagnen der Globalisierungsgegner (insbesondere ATTAC) findet sich regelmäßig die Forderung nach der Tobin-Steuer. Aber auch vereinzelt in der SPD und verbreiteter bei den Grünen finden sich Anhänger der Tobin-Steuer.

<sup>27</sup> Bundestagswahlprogramm, S. 7.

<sup>28</sup> Bundestagswahlprogramm, S. 10.

<sup>29</sup> Bundestagswahlprogramm, S. 19.

gestattet werden, was zwar durchaus sinnvoll ist, aber wohl kaum zur Prävention und Ursachenbeseitigung von Kriminalität beitragen dürfte.

Auch bei der äußeren Sicherheit verzichtet die PDS nicht darauf, den Kapitalismus als Quelle alles Schlechten zu charakterisieren. Frieden und Freiheit kommen automatisch, wenn die Ursachen, nämlich die Gegensätze zwischen Arm und Reich, Nord und Süd und Starken und Schwachen überwunden sind,<sup>30</sup> also der Sozialismus weltweit herrscht. Bei der Terrorismusbekämpfung setzt die PDS darauf, die Finanzquellen auszutrocknen und die Terroristen internationaler Strafgerichtsbarkeit zuzuführen. Mit der Einrichtung eines „Zentrums für Terrorismusbekämpfung“ und der Verabschiedung einer „Konvention“ glaubt die PDS Terrorismus bekämpfen zu können.<sup>31</sup>

Die Ursache für derart skurrile Lösungsvorschläge ist im Antiamerikanismus begründet, der sich u.a. in der Forderung nach der Auflösung der NATO manifestiert.<sup>32</sup> Nachdem sich die PDS unmittelbar nach dem 11. September 2001 kurzfristig zurückhaltend äußerte, sind die alten antiamerikanischen Ressentiments wieder zu neuer Blüte erwacht. In die Vereinigten Staaten projiziert die PDS traditionell alle kapitalistischen Klischees. Die Vorsitzende der PDS, Gabriele Zimmer, gebrauchte im Zusammenhang mit der USA Attribute wie „offenbarer Rassismus“, „Arroganz“, „brutale Offenheit“, „völkerrechtswidrige und aggressive Ausdehnung“, „einseitige Verletzungen der Souveränitätsrechte“ und die Folge der Politik der USA wäre ein „archaisches und militärgeprägtes Recht des Stärkeren“.<sup>33</sup>

### 3.3 Vertretung ostdeutscher Interessen

Das Programm für Ostdeutschland konzentriert sich auf zwei Bereiche. Die Anbahnung eines „Aufbruch Ostdeutschland“ und die Verteidigung der DDR-Altlasten. Hier fordert die PDS – wie üblich – die Angleichung der Löhne und die Beendigung der „Diskriminierung ostdeutscher Berufsabschlüsse“ sowie die Beseitigung des „Rentenunrechts“.<sup>34</sup> An dieser Stelle deutet sich ein sanfter Paradigmenwechsel an. Statt von der Diskriminierung der ostdeutschen Biographien spricht die PDS jetzt von Berufsabschlüssen.

Diese Umformulierung könnte darauf hindeuten, dass sich die PDS weniger auf ihre Stammklientel, denjenigen die sich mit der DDR identifiziert haben und von der Diktatur profitierten, konzentriert. Dies hat einen wärlersozziologisch pragmatischen Hintergrund: diese Klientel

---

<sup>30</sup> Bundestagswahlprogramm, S. 21.

<sup>31</sup> Bundestagswahlprogramm, S. 23.

<sup>32</sup> Bundestagswahlprogramm, S. 24.

<sup>33</sup> Rede von Gabriele Zimmer auf dem Bundesparteitag in Rostock, 16.-17.3.2002.

<sup>34</sup> Bundestagswahlprogramm, S. 9.

tel wird mangels Alternativen weiterhin die PDS wählen, ist weitgehend ausgeschöpft und neue Wählerschichten lassen sich so nicht erschließen. Auch an einem anderen Beispiel scheint sich die PDS zugunsten einer potentiellen Koalition von der Interessenvertretung ihrer Stammwählerschaft abzuwenden. „Die wettbewerbs- und zukunftsfähigen ostdeutschen Agrarstrukturen, insbesondere die Genossenschaften“<sup>35</sup> sollen gestärkt werden. 1998 setzte sich die PDS noch für den Erhalt der „Ergebnisse der Bodenreform“ und eine „gerechte Verteilung von Grund und Boden“ ein, also für die Aufrechterhaltung von Verwerfungen der SED-Diktatur. Sollte hier ein Umdenkungsprozess stattgefunden haben, wäre dies begrüßenswert. Abzuwarten bleibt jedoch, ob hier nicht nur alter Wein in neuen Schläuchen verkauft wird. Zumindest in der sogenannten „Datschenfrage“ verteidigt die PDS wie gewohnt alte Privilegien. Eine gewisse Chuzpe kann man der PDS nicht absprechen, wenn sie fordert, dass Ostdeutschland „unabhängig von Sonderalimentierungen ... lebensfähig“ werden solle, diese allerdings nicht vor 2020 überflüssig würden.<sup>36</sup>

Chancen für den Aufbruch Ostdeutschlands sieht die PDS durch die Osterweiterung der EU gegeben. Bislang wurde die Europäische Union eher als Gefahr und Bedrohung von der PDS beschrieben.

### 3.4 Abschließende Betrachtung

Übergreifend ist erkennbar, dass sich die PDS vom Staatssozialismus längst nicht verabschiedet hat. Der Staat greift in alle wirtschaftlichen Prozesse ein und schafft jenseits des Marktes einen von ihm gelenkten und kontrollierten Sektor. Im Unterschied zu den früheren Wahlprogrammen fällt dieses Programm sprachlich deutlich moderater aus. Wie schon bei dem Entwurf des neuen Grundsatzprogramms erkennbar, ist auch das Wahlprogramm kosmetisch überarbeitet. Während die PDS bspw. noch 1998 für fast alle Bereiche des Lebens die „schleichende Privatisierung“ stoppen wollte und sich indirekt für Verstaatlichung aussprach, setzt sie jetzt verstärkt auf die Umverteilung privater Vermögen. Auch sind verbal radikale Formulierungen weitgehend verschwunden. Die PDS spricht nicht mehr von den „starken gesellschaftlichen Gegenmächten“, dem „gesellschaftlichen Widerstand“ oder der „Kontrolle der Großbanken“. Verbrämter wird 2002 nur noch von der „Vorherrschaft des Großkapitals“ gesprochen. Dies ist wohl in erster Linie mit Blick auf den potentiellen Koalitionspartner geschehen und der Gewinnung neuer Wählerschichten geschuldet.

Doch das Ziel ist der Sozialismus: Ohne oder gegen die parlamentarische Demokratie. Zu den gesicherten Befunden der Extremismusforschung zählt die Erkenntnis, dass Parteiprogramme

---

<sup>35</sup> Bundestagswahlprogramm, S. 8.

<sup>36</sup> Bundestagswahlprogramm, S. 8.

„oft bewusst vorsichtig gehalten und aus taktischen Gründen mit verbalen Bekenntnissen zu den Prinzipien eines demokratischen Verfassungsstaats ... versehen“<sup>37</sup> sind. Und damit die parteiinterne Öffentlichkeit weiß, was das eigentliche Ziel ist, zitiert die PDS auch nur den Anfang eines Klassikers: „Eine Gesellschaft, in der die freie Entwicklung der Einzelnen zur Bedingung der freien Entwicklung aller wird“. Doch dürfte es innerhalb der PDS keinen geben, dem der vollständige Text aus dem Manifest der Kommunistischen Partei von Karl Marx und Friedrich Engels nicht geläufig wäre: „Wenn das *Proletariat im Kampfe gegen die Bourgeoise sich notwendig zur Klasse vereint, durch eine Revolution sich zur herrschenden Klasse macht und als herrschende Klasse gewaltsam die alten Produktionsverhältnisse aufhebt*, so hebt es mit diesen Produktionsverhältnissen die Existenzbedingungen des Klassengegensatzes, die Klassen überhaupt und damit seine eigene Herrschaft als Klasse auf. *An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist*“.<sup>38</sup>

#### 4. Die PDS in Mecklenburg-Vorpommern

In Mecklenburg-Vorpommern wollte die PDS zum ersten mal beweisen, dass sie regierungsfähig ist. Dies hatte für die PDS höchste politische Priorität und Symbolkraft, da sie sich damit auch für die Bundesebene als Machtfaktor präsentieren kann. Ein Scheitern der Koalition hätte dieses strategische Ziel vereitelt. Statt des angekündigten Politikwechsels setzt die PDS eher auf Konfliktfreiheit. Die PDS hat sich in Mecklenburg-Vorpommern zu einem anpassungswilligen Koalitionspartner entwickelt. Sie war sogar bereit, einen in der Geschichte der Bundesrepublik einmaligen Bruch eines Koalitionsvertrages<sup>39</sup> zu tolerieren. Wenn sich die Koalitionspartner eines Landes in einer Frage, die im Bundesrat abgestimmt wird nicht einig sind, wird Stimmenthaltung vereinbart. Absprachewidrig stimmte Ringstorff im Bundesrat für die Rentenreform und die PDS zeigte sich lediglich beleidigt.

Doch fraglich ist, ob mit dieser Provokation die Entzauberung der PDS gelungen ist, oder ob sich die PDS selbst entzaubert. Auf jeden Fall sind die anfänglichen systemkritischen Töne – ähnlich wie auch in Sachsen-Anhalt – nicht mehr öffentlich hörbar. Arbeitsminister Holter hatte zumindest in der frühen Phase einige Mühe, Mitregieren und Systemveränderung in Einklang zu bringen: „Systemopposition ist ja nicht gleich parlamentarische Opposition. Re-

<sup>37</sup> Armin Pfahl-Traugber: Rechtsextremismus. Eine kritische Bestandsaufnahme nach der Wiedervereinigung, Bonn, 1993, S. 36.

<sup>38</sup> Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Hrsgg. vom Institut für Marxismus Leninismus beim ZK der SED, Bd. 4, Berlin (Ost), 1959, S. 482; Hervorhebung nicht im Original.

<sup>39</sup> Allerdings scheint der Bruch von Koalitionsverträgen langsam zur Normalität zu werden, wenn man an das Abstimmungsverhalten der großen Koalition in Brandenburg im Bundesrat anlässlich des Zuwanderungsgesetzes im März 2002 denkt.

gieren heißt doch nicht, den antikapitalistischen Anspruch aufzugeben, die Gesellschaft zu verändern.“<sup>40</sup>

In Mecklenburg-Vorpommern forderte die PDS, den Einstieg in einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor. Konkret wollte sie, dass 5.000 Stellen im öffentlich geförderten Beschäftigungssektor geschaffen werden sollen und davon sofort 1.000 Stellen für Schulsozialarbeiter/innen. Darüber hinaus war das Ziel der PDS in Mecklenburg-Vorpommern eine Senkung der Arbeitslosigkeit um mindestens 10 Prozent.

Auf das Ziel, einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor einzurichten, konnten sich die Koalitionäre einigen. Im Koalitionsvertrag verständigten sich SPD und PDS auf die Förderung eines zweiten Arbeitsmarktes u.a. mit einem Programm „Arbeit und Qualifizierung in Mecklenburg-Vorpommern (AQMV), das 1.000 Stellen im Bereich der Jugendsozialarbeit, insbesondere Schulsozialarbeiter, die Erprobung eines gemeinwohlorientierten arbeitsmarktgeförderten Beschäftigungsprojekt mit 500 Beschäftigten vorsieht. Darüber hinaus war angestrebt (gemeinsam mit der Bundesanstalt für Arbeit) ein Programm zur Schaffung von 1.500 Stellen für kommunale Infrastrukturmaßnahmen aufzulegen. Zudem wurde ein „Bündnis für Arbeit in Mecklenburg-Vorpommern“ geschaffen, bei dem u.a. mit den „Akteuren der aktiven strukturfördernden Arbeitsmarktpolitik“ Arbeitsplätze geschaffen und die Arbeitslosigkeit im Lande spürbar gesenkt werden sollte.<sup>41</sup>

Grundsätzlich klangen diese Ziele akzeptabel und dürften auch in anderen Parteien auf positive Resonanz stoßen. Allerdings wurden die Ziele in jeder Hinsicht verfehlt. Die Skandale, die durch die praktische Umsetzung dieses Bündnisses entstanden, hätten Arbeitsminister Helmut Holter fast das Amt gekostet. Die Senkung der Arbeitslosigkeit mit Beschäftigungsprogrammen für Beschäftigungsprogrammentwickler hat sich in Mecklenburg-Vorpommern als Sackgasse erwiesen.

Es ist Holters Verdienst, dass er mit Vetternwirtschaft die ureigenste PDS-Klientel<sup>42</sup> in den Politikberatungsagenturen staatlich subventionierte. Der von der PDS immer wieder geforderte öffentliche Beschäftigungssektor ist in der Realität wohl kaum tauglich, Arbeitslosigkeit zu senken. Dafür kann die PDS damit Personalpolitik zugunsten ihr nahe stehender betreiben. Als frühen symbolischen Erfolg für die DDR(Nachwuchs)-Eliten kann die PDS auch die Auf-

---

<sup>40</sup> Der Stern, Nr. 43/1998, S. 36.

<sup>41</sup> Vereinbarung zwischen ... SPD und ... PDS über die Bildung einer Koalitionsregierung für die 3. Legislaturperiode des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin, 2. November 1998.

<sup>42</sup> Unter PDS-Klientel sind hier nicht die Bürger oder Wähler zu verstehen. Es scheint sich vielmehr um die alte DDR-Elite bzw. SED-Nomenklatura zu handeln. Einzelne Verbindungen zum MfS sind nicht auszuschließen. Vgl. „Schweigen, Schweigen, Schweigen. Der nebulöse Umgang der rot-roten Koalition in Mecklenburg-Vorpommern mit der DDR-Vergangenheit“, in: Süddeutsche Zeitung, 23./24. März 2002

gabe der Regelanfrage auf frühere Stasi-Mitarbeiterschaft von Bewerbern für den öffentlichen Dienst verbuchen.

Das Ergebnis der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Mecklenburg-Vorpommern fällt eindeutig negativ aus. In Mecklenburg-Vorpommern hat sich weder die Arbeitslosenquote verändert, sie liegt konstant bei etwa 18,2 Prozent, noch die absolute Anzahl der Arbeitslosen. 1998 betrug der Jahresdurchschnitt 171.106 Arbeitslose. Im Februar 2002 waren 182.503<sup>43</sup> Menschen ohne Arbeit (die Arbeitslosenquote betrug 19,9 Prozent). Christoph Seils bilanziert: „900 Gemeinwohl-orientierte Arbeitsplätze hat er (Holter, Anm. d. Verf.) in den vergangenen drei Jahren geschaffen, 17.000 Arbeitsplätze sind in derselben Zeit verloren gegangen“.<sup>44</sup>

Doch nicht nur die dürftigen Ergebnisse des öffentlichen Beschäftigungssektors verhindern ein Absinken der Arbeitslosigkeit. Die Hoffnungen auf Großinvestitionen von BMW, Transrapid und Airbus haben sich zerschlagen. Genauer: Die Großinvestoren haben andere Standorte Mecklenburg-Vorpommern vorgezogen. Die Anzahl der Konkurse wächst, was alles nicht gerade für ein investitionsfreundliches Klima spricht. Dies zeigt auch das negative Wirtschaftswachstum von -1,2 Prozent, womit Mecklenburg-Vorpommern das bundesweite Schlusslicht bildet.<sup>45</sup>

Dabei ist zu berücksichtigen, dass ein Anstieg der Arbeitslosenzahlen wahrscheinlich nur durch die Abwanderung von Personen im erwerbsfähigen Alter verhindert wurde. So weist Mecklenburg-Vorpommern eine negative Wanderungsbilanz und sinkende Einwohnerzahlen auf. 2001 stieg die Abwanderungsrate gegenüber dem Vorjahr um 13 Prozent. Fast jeder Zweite der das Land verlässt, ist zwischen 20 und 25 Jahre alt. Damit bietet Mecklenburg-Vorpommern vor allem jungen Menschen keine berufliche Zukunft mehr.<sup>46</sup>

Die PDS-Sozialministerin, Martina Bunge, machte 1999 vorsichtshalber den Schuldigen dafür aus, warum es der PDS nicht gelingen könne, „die Umverteilung des Reichtums aus den vollen privaten Kassen in die leeren öffentlichen Kassen“ zu vollziehen. Die PDS werde vom Bund „allein gelassen“.<sup>47</sup>

---

<sup>43</sup> Bundesanstalt für Arbeit: <http://www.arbeitsamt.de/hast/services/statistik/detail/index.html>.

<sup>44</sup> Christoph Seils „Anything goes“, in: Die Woche, 18. Januar 2002.

<sup>45</sup> Globus Infografik vom 4. März 2002, Ba-7612.

<sup>46</sup> Neues Deutschland, 15. Februar 2002

<sup>47</sup> Neues Deutschland, 5. November 1999

Dennoch zeichnen sich bei der PDS Veränderungen ab. Entgegen früherer Positionen scheint die PDS dem Autobahnbau der A14 nicht mehr prinzipiell ablehnend gegenüber zu stehen.<sup>48</sup> Ob die PDS auch in anderen Fragen ihre Haltung verändert, bleibt abzuwarten.

## 5. Die PDS in Sachsen-Anhalt

Da die PDS in Sachsen-Anhalt nicht Mitglied der Regierung ist und die SPD „offiziell“ nur toleriert, sind die politischen Verantwortlichkeiten nicht klar zu erkennen. Die PDS in Sachsen-Anhalt hat sich von 1998 bis 2002 inhaltlich neu ausgerichtet. Im Unterschied zu 1998 ist das Programm zur Landtagswahl 2002 in seinen politischen Forderungen nebulöser formuliert. Konkrete Zielvorgaben fehlen weitestgehend, dafür wurden allgemein konsensfähige Ziele vorgegeben, die im Zweifel aber nur Schlagwortcharakter haben.

Dies deutete sich in den allgemeinen Grundsätzen schon 1998 an, wo die PDS z.B. die „Wirtschaftspolitik auf Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen ausrichten“, „Arbeit solidarisch teilen“, „Wirtschaftsprozesse innovativ gestalten und mit der Natur in Einklang bringen“ oder „praxiswirksame Forschung ... fördern“ wollte.<sup>49</sup> Dies wurde im Wahlprogramm zur Landtagswahl 2002 weiter forciert.<sup>50</sup> Vor allem im wirtschaftspolitischen Teil erscheint die PDS sprachlich fast liberal. Sie geht davon aus, dass es notwendig sei die „Wirtschaftskraft des Landes zu stärken“ oder etwa „Fördermittel ... zielgerichtet für eine weitere Ansiedlung von Investoren und Existenzgründern“ zu nutzen.

Andere Teile des Wahlprogramms folgen hingegen stärker den ideologischen sozialistischen Prämissen. Zwar sind auch diese Teile sprachlich bereinigt, folgen aber inhaltlich den Maximalforderungen der Bundespartei. Die PDS fordert auch in Sachsen-Anhalt den dauerhaften Einstieg „in den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor“, den „geförderten Arbeitsmarkt“ und vor allem den „Ausbau des Non-Profit-Sektors“ zur „Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums“. Sie fordert, dass „mindestens 50.000 Arbeitsplätze“ geschaffen werden müssen und das „Lehrstellenangebot um 10.000 Stellen erhöht“ wird.

Doch die wirtschaftsliberale Sprache wird durch die Zielsetzung der Steuerung der Wirtschaft wieder konterkariert. Die PDS fordert, dass die Wirtschaft einen „spürbaren Beitrag zu höherer Beschäftigung und damit der Senkung der Massenarbeitslosigkeit“ leistet. Das grundsätzlich Wünschenswerte, die Senkung der Arbeitslosigkeit, wird hier wiederum an staatlichen

---

<sup>48</sup> Neues Deutschland, 13. März 2002 „PDS-Fraktionsvorsitzende will die A14“

<sup>49</sup> Kurzwahlprogramm zu den Landtagswahlen '98 „Sozial und Solidarisch“, <http://home.t-online.de/home/pdsla-lt/wahlpro.htm>, vom 22.01.2002

<sup>50</sup> Wahlprogramm zu den Landtagswahlen 2002 „Leben und Arbeiten in Sachsen-Anhalt“, Beschluss der 2. Tagung des 7. Landesparteitages der PDS Sachsen-Anhalt am 29. September 2001 in Magdeburg



Dirigismus geknüpft: danach soll dann auch die Wirtschaftsförderung ausgerichtet werden. Auch wenn die Formulierung hier nicht auftaucht: Ideologisch ist dies gleichzusetzen mit der Befreiung von der Kapital- und Profitdominanz.

Die PDS setzt - wie üblich - auf den starken, steuernden Staat, der - nach dem Muster der DDR - reglementierend in Wirtschaftskreisläufe eingreift und individuelles Verhalten steuert. Das Prinzip des Marktes wird misstrauisch beäugt und abgelehnt. Die PDS bevorzugt einen dirigistischen Staat, der - im Einklang mit der Hauptabteilung „ewige Wahrheiten“ - alle Lebensbereiche durchdringt. Dies wird dann besonders sichtbar, wenn die PDS über die „Befriedigung kultureller Bedürfnisse“ nachdenkt. Der Gedanke der individuellen Freizeitgestaltung bereitet der PDS nach wie vor Probleme. Sie sieht die Gefahr des Wegbrechens „kultureller Strukturen“, was sich wohl eher an den „kulturellen Errungenschaften“ der DDR orientiert als an den individuellen Bedürfnissen der Menschen.

1998 befand sich die PDS noch im Argumentationsnotstand, da sie die Fortsetzung der Tolerierung mühsam gegenüber den innerparteilichen Gegnern begründen musste. Zurückhaltung und Begründungsnotwendigkeiten tauchen 2002 nicht mehr auf. Die PDS tritt mit neuem Selbstbewusstsein auf, da sie auch die innerparteilichen Fronten so weit begradigt hat, dass kein ernsthafter Widerstand gegen die Machtbeteiligung zu erwarten ist. Die PDS bekennt sich 2002 dazu, dass sie „seit Jahren aktiv in politischer Verantwortung“ steht, daher schließe die „Bereitschaft zum Handeln ... auch eine Regierungsbeteiligung“ ein.

Doch neben der angestrebten Regierungsverantwortung, die die PDS schon 2000 auf ihrem Landesparteitag beschlossen hatte, bleibt das innere Verhältnis der Partei zur Demokratie und dem Parlamentarismus mehr als ambivalent. Petra Sitte ließ auf dem Landesparteitag 2001<sup>51</sup> deutlich werden, dass sie nach wie vor für eine Überwindung des Systems sei. Schon 1998 machte sie deutlich, dass bedacht werden müsse, „worauf wir uns in diesem parlamentarischen System wie lange und wie tief einlassen. Unsere Widerstandskraft soll schließlich wachsen und nicht aufgesogen werden“. <sup>52</sup>

Der PDS-Landesverband scheint trotz seiner Orientierung an der Teilung von Regierungsverantwortung seine ideologischen Altlasten nicht über Bord zu werfen. Auch wenn Rosemarie Hein, die PDS-Landesvorsitzende, ihre Äußerung, dass eine Verstaatlichung von Betrieben *derzeit* nicht in Betracht käme, wieder zurückgezogen hat, weigert sie sich anzuerkennen, dass die DDR ein Unrechtsstaat war<sup>53</sup>.

---

<sup>51</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20. Juni 2001.

<sup>52</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18. Mai 1998.

<sup>53</sup> DPA, 28. Juni 2001. Hervorhebung nicht im Original.

Bei der Frage der Finanzierung fordert die PDS in Sachsen-Anhalt – im Einklang mit der Bundespartei – dass die „Vermögenssteuer wieder eingeführt und die Erbschaftssteuer reformiert wird“, bzw. die „Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums“. Für die Fortführung der „Erprobungsphase“ des öffentlichen Beschäftigungssektors soll der Bund Gelder beisteuern.

Die PDS musste indes schon während der zweiten Tolerierungsperiode einige Kröten schlucken. Am Anfang der Legislaturperiode erkaufte sich die SPD-Landesregierung die Unterstützung der PDS mit sozialpolitischen Zugeständnissen. Gegen Ende der Legislaturperiode musste die PDS auch unpopulären Maßnahmen (z.B. Einsparungen bei Kindergärten) zustimmen. In den letzten Haushaltsberatungen hat die PDS Kürzungen bei der Arbeitsmarktpolitik von ca. 65 Millionen € ebenso akzeptiert, wie die Kürzungen bei den Finanzen der Kommunen um 180 Millionen €. Die PDS hat sich in ihrem Wahlprogramm für die Landtagswahl 2002 von utopischen finanziellen Forderungen verabschiedet.

1998 forderte die PDS, dass es zu keinem Rückbau der Kommunalfinanzen gegenüber dem Niveau von 1996 kommen dürfe. In dem 1998er Programm konzentrierte sich die PDS noch stark auf Kommunen, schrieb ihnen eine starke intermediäre Rolle zu. Das Thema Kommunen ist 2002 auf einen Minimalkonsens zurückgeführt. Die PDS strebt die „Einführung einer Sozialpauschale“ für die Kommunen an, fordert, dass die Jugendpauschale erhalten bleibt und dass den Kommunen bei der Aufgabenübertragung die erforderlichen finanziellen Mittel bereitgestellt werden. Ansonsten hofft sie, dass die „Funktional-, Verwaltungs- und Strukturreform“ zu Einsparungen bei „Personal- und Sachkosten“ führen wird.

In dem Maße, in dem die PDS eine Regierungsbeteiligung im Bund anstrebt, ist die Bedeutung der Kommunen für sie gesunken. Damit beginnt die PDS auch hier einen innerparteilichen Konsens zu opfern. Die Frage der Kommunalfinanzen war schon immer ein Lieblingsthema der PDS und ist laut den bundespolitischen Verlautbarungen immer noch. Auf der untersten Verwaltungsebene gewann sie zuerst Macht und Einfluss zurück, besetzte Bürgermeisterämter, stellte nicht selten die Mehrheit im Parlament und rekrutierte ihren Nachwuchs. Die finanzielle Ausstattung der Kommunen ist somit die PDS-Variante einer Klientelpolitik.

Auch in einem anderen Punkt wird deutlich, dass sich die PDS auf die Regierung vorbereitet und dabei programmatische Grundpositionen opfert. 1998 maß sie „der Stärkung des außerparlamentarischen Widerstands“ noch „besonderen Rang“ zu. Hiervon ist im Wahlprogramm 2002 nicht mehr die Rede. Auch in vielen anderen Punkten erscheint die PDS konzilianter. 1998 wehrte sich die PDS „gegen eine Kriminalisierung des antimilitärischen Widerstands“, forderte die „Abschaffung der Bundeswehr“ und wollte alle Truppenübungsplätze schließen. 2002 spricht sie nur noch davon, dass es „keine Militarisierung des öffentlichen Raumes“ geben dürfe.

Da es keine Koalitionsvereinbarung gibt und die PDS sich eigentlich in Opposition befindet, sind Bewertungsmaßstäbe eher in der konkreten Politik zu suchen. Auch in Sachsen-Anhalt fällt die politische Bilanz bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit negativ aus. Sachsen-Anhalt gilt gemeinsam mit Mecklenburg-Vorpommern als das Schlusslicht unter den neuen Ländern. Das Wirtschaftswachstum im Land betrug -0,9 Prozent.<sup>54</sup> Im Februar 2002 lag die Arbeitslosenquote bei 20,8 Prozent (= 277.407 Arbeitslose). 1998 waren im Jahresdurchschnitt 272 Tsd. Arbeitslose gemeldet. Ähnlich wie in Mecklenburg-Vorpommern sinkt auch in Sachsen-Anhalt die Zahl der Einwohner (gegenüber 1999 um -0,8 Prozent). Dies ist die höchste Abwanderungsrate eines ostdeutschen Bundeslandes. Auch hier - wie in Mecklenburg-Vorpommern - kann vermutet werden, dass die Abwanderung sich „positiv“ auf die Arbeitslosenquote auswirkt.

## 6. Die PDS in Berlin

Der Koalitionsvertrag von SPD und PDS in Berlin ist zwar inhaltsarm, aber äußerst umfangreich. Dies erklärt wohl auch, warum die Verhandlungen zwischen den Parteien von beiden Seiten als harmonisch eingestuft wurden. In fast allen kritischen Bereichen einigten sich die Verhandlungspartner auf „Überprüfung“ der Sachverhalte bzw. auf die Einsetzung von wie auch immer gearteten Beratungsgremien.

Nur wenige markante Entscheidungen hat die Koalition hervorgebracht: keine Olympiabewerbung, keine Schlossrekonstruktion, Fusion von Berlin und Brandenburg (Volksabstimmung ist für 2006 geplant), Großflughafen Schönefeld (Fortsetzung des Planfeststellungsverfahrens unter „Abwägung“ der Rechtssprechung, damit kann auch ein anderer Standort in Frage kommen), Abwicklung des Theaters im Westen, Senkung der Personalkosten im öffentlichen Dienst und Umwandlung des Universitätsklinikums Benjamin Franklin in ein Versorgungskrankenhaus. Da die Koalition in Berlin gerade die Arbeit aufgenommen hat, kann eine solide Bewertung noch nicht erfolgen.

Dass zwei Parteien eine gemeinsame Interpretation zur Zeitgeschichte abgeben, ist ein eher ungewöhnlicher Vorgang. Zudem sie dem politischen Programm in Form einer Präambel vorangestellt wird. Warum also eine Erklärung zur Geschichte? Die Antwort scheint einfach: Für die SPD ist es die öffentliche Rechtfertigung, dass die rot-rote Koalition legitim ist. Die PDS kann demonstrieren, sich vermeintlich kritisch mit ihrer Vergangenheit auseinandersetzen und sich einen demokratischen Persil-Schein abholen.

---

<sup>54</sup> Globus Infografik vom 4. März 2002, Ba-7612

Doch wie so häufig liegt der Teufel im Detail. Die Koalitionäre bekennen sich dazu, sich den Lehren aus der NS-Diktatur zu verpflichten und ihrem ideologischen Überbau (Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Terrorismus) „entschlossen und aktiv“ entgegenzustellen. Die DDR wird weder als Diktatur bezeichnet noch findet man einen Appell der SED-Diktatur ähnlich kämpferisch zu begegnen. Man spricht u.a. von der Distanzierung der PDS von den Unrechtstaten der SED und dem Mauerbau, dass die Schüsse an der Berliner Mauer „schweres Leid und den Tod vieler Menschen“ gebracht hätten und dass der Wunsch nach Vereinigung der Arbeiterbewegung zur Zwangsvereinigung missbraucht wurde. Bedenklicher als die Reduzierung der Diktatur auf Einzelmaßnahmen ist die Gleichstellung von Tätern und Opfern der SED-Diktatur. Wortgleich wird vom „Respekt vor den Opfern“ und dem „Respekt für ... die gelebten Biographien“ gesprochen. Man möge sich den Aufschrei vorstellen, den der Vorschlag der „Versöhnung“ von Tätern und Opfern der nationalsozialistischen Diktatur, hervorgerufen hätte.

Im Koalitionsvertrag ist von den Forderungen der PDS auf dem ersten Blick nicht mehr viel zu finden. Auch in Berlin forderte die PDS in ihrem Wahlprogramm „Öffentlich geförderte Beschäftigung weiter entwickeln“. Die PDS Begründung hierfür liest sich etwas kryptisch: „Die freien Träger, Migranten, Jugendliche und die Älteren sind keine Bittsteller an die Stadt, sondern soziale und kulturelle Leistungsträger und damit ein Wirtschaftsfaktor“. Die zentrale Forderung der PDS nach einem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor, „in dem gesellschaftlich sinnvolle Arbeiten mit öffentlicher Finanzierung vorwiegend von gemeinnützigen oder genossenschaftlichen Trägern geleistet werden“<sup>55</sup>, taucht im Koalitionsvertrag nicht auf. Allerdings werden für „bezirkliche Bündnisse für Wirtschaft und Arbeit“ gesonderte Mittel zur Verfügung gestellt; zu welchem konkreten Zweck bleibt unklar.

Auch an anderer Stelle scheint die Handschrift der PDS deutlich zu werden. Im Koalitionsvertrag wird von einem Modellversuch „Stadtteil/Produktivgenossenschaften“ gesprochen. Arbeitslosen und Sozialhilfeempfangenden soll Unterstützung angeboten werden, sich über „genossenschaftliche Existenzgründungen Perspektiven selbstbestimmter Arbeit“ zu erschließen, bei dem das Land u.a. den Einsatz von Existenzgründer/innenmittel prüfen wird. Die Planungen der Koalition im Bereich der Sozialhilfe weisen darauf hin, dass sich die PDS auch hier indirekt mit dem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor durchsetzen konnte. Im Koalitionsvertrag heißt es, dass ein „Arbeits- und Ausbildungsangebot für alle erwerbsfähigen Sozialhilfeempfangenden zu schaffen“ ist. Dabei soll insbesondere jungen Menschen „nach Erstel-

---

<sup>55</sup> Bundestagswahlprogramm 2002 (Entwurf), Pressedienst der PDS, Nr. 4/2002, „Es geht auch anders: Nur Gerechtigkeit sichert Zukunft. Programm der PDS zur Bundestagswahl 2002 (Entwurf). Leitantrag an den Rostocker Parteitag. Beschluss des Parteivorstandes vom 11. Januar 2002“.

lung eines individuellen Eingliederungsplanes eine Beschäftigung geboten [werden], die die Chancen auf eine reguläre Beschäftigung unterstützt“.

Diese Maßnahmen führen zu der Schaffung eines staatlich subventionierten Sektors. In einem Interview sprach Gysi von dem Ziel 6.000 Sozialhilfeempfänger in „richtige Arbeit“ zu bringen, was nur mit „öffentlicher Förderung“ gehe.<sup>56</sup> Die Strukturen, die zur Schaffung und Verwaltung dieses Sektors geschaffen werden, entsprechen der PDS-Klientelpolitik, die schon in Mecklenburg-Vorpommern nicht die Arbeitslosigkeit gesenkt hat, sondern zu den Holter-Skandalen führte. Arbeitsplätze werden so für diejenigen geschaffen, die die Arbeitslosigkeit verwalten.

Zentrale Aussagen des Wahlprogramms der PDS werden jedoch in der Koalitionsvereinbarung konterkariert. Entgegen den vollmundigen Versprechungen der PDS, dass sie das Ziel habe, die Finanzen zu sanieren, da eine „Flucht in die Verschuldung ... unsozial“ sei,<sup>57</sup> ist eine Sanierung des Haushalts nicht zu erwarten. Zwar strebt die Koalition an, den Personalhaushalt um 1,074 Mrd. Euro zu entlasten, gleichzeitig werden neue Instrumente der öffentlichen Hand geschaffen. Ob die geplanten Einsparungen bspw. beim Polizeiorchester und der Reiterstaffel, die Finanzlage verbessern werden, bleibt ungewiss.

Vorsichtshalber delegiert die rot-rote Koalition finanzielle Verantwortlichkeiten an den Bund (Berlin-Pakt). „Berlin erwartet, dass sich der Bund an den auf der Hauptstadtfunktion beruhenden Sonderbelastungen des Landes angemessen beteiligt und auch zusätzlich Aufgaben der gesamtstaatlichen Repräsentation, z.B. im Bereich der Kultur, übernimmt oder hierzu finanzielle Unterstützung gewährt. Zusätzlich muss über einen Ausgleich teilungsbedingter Altlasten ... verhandelt werden.“<sup>58</sup> Und im Falle des Scheiterns der Verhandlungen droht die Koalition mit dem Bundesverfassungsgericht (Bezug: Art 107 Abs. 2 GG).

Erfolgreich ist die PDS in Berlin im Bereich der symbolischen Politik. Zwar wird in der Koalitionsvereinbarung von einer „Bürgergesellschaft gegen Extremismus“ gesprochen. Allerdings werden nur Rechtsextremismus, Ausländerfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus konkret benannt. Somit scheint sich zu bewahrheiten, was lange zu befürchten war, dass es nur noch einen Extremismus von Rechts und nicht mehr von Links geben kann. Symbolisiert wird dies in dem Beschluss, ein Denkmal für Rosa Luxemburg zu errichten, die zuletzt eine Gegnerin der parlamentarischen Demokratie war. Auch die Reform des Verfassungsschutzes,

---

<sup>56</sup> Die Woche, 18. Januar 2002.

<sup>57</sup> Programm der PDS Berlin zu den Abgeordnetenhauswahlen am 21. Oktober 2001 „Miteinander für Berlin“.

<sup>58</sup> Koalitionsvertrag zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) Landesverband Berlin und der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) Landesverband Berlin für die Legislaturperiode 2001-2006. (Stand 7. Januar 2002, 18:00 Uhr).

der sich von einem „klassischen Geheimdienst hin zu einem Instrument moderner, wissenschaftlich fundierter Beratung für Politik und Öffentlichkeit“ entwickeln soll, deutet in diese Richtung.

Ebenfalls als Erfolg ist zu werten, dass die Veröffentlichung von Ergebnissen der Stasi-Überprüfung von Senatsmitgliedern nicht zwangsläufig ist. Der Berliner PDS-Vorsitzende Stefan Liebich kommentierte dies mit dem Hinweis, dass es in der PDS interne Regelungen gebe, wie mit der Vergangenheit umgegangen würde „nämlich öffentlich“.<sup>59</sup> Dieser 1993 gefasste Beschluss („Zur Offenlegung der politischen Biographie“) wurde aber stets konterkariert, indem Tätigkeiten für die Stasi erst nach öffentlichem Druck zugegeben wurden.

Die Abschaffung der Fünf-Prozent-Hürde taucht in dem Koalitionsvertrag nicht auf. Dies war eine Forderung des PDS-Wahlprogramms, mit der sie verfassungsrechtliche Realitäten ignorierte, da die Grundprinzipien der Bundestagswahl (Verhältniswahl und Fünf-Prozent-Klausel) auch für die Wahlen auf Landesebene gelten. Unstrittig zwischen den Koalitionären dürften die PDS Forderungen nach Volksentscheiden mit niedrigen Quoren und Vereinfachung der Verfahren (Volksinitiative, -begehren, -entscheid) gewesen sein, die sich im Koalitionsvertrag finden.<sup>60</sup>

Ob Gender-Mainstreaming tatsächlich dazu führen wird, dass Berlin eine „Stadt der Frauen“<sup>61</sup> wird, ist zweifelhaft. Skurril erscheint zumindest die Forderung der Koalition an die Berliner Hochschulen „im Rahmen der Modularisierung von Studiengängen Frauen- und Geschlechterforschung als selbständigen Bestandteil in die verschiedenen Bereiche der Wissenschaft zu integrieren“. Wahrscheinlich ist „Feminismus in der Chemie“ ein bislang unterschätztes Forschungsdesiderat.

Besonders deutlich wird die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit am Beispiel der Umwandlung der Benjamin-Franklin-Universitätsklinik in ein Versorgungskrankenhaus. Während der Koalitionsvertrag davon spricht die „Stadt des Wissens“ zu stärken (wortgleich mit dem PDS-Wahlprogramm), wird ein renommierter Wissenschaftsstandort abgewickelt.

In der Kulturpolitik scheinen sich zentrale Positionen der PDS durchgesetzt zu haben. PDS-nahe Kulturvereinigungen in Ostberlin dürften finanziell aufgewertet werden, während in Westberlin Theater geschlossen werden.<sup>62</sup>

---

<sup>59</sup> Tagesspiegel, 2. Februar 2002.

<sup>60</sup> Auch in Thüringen haben PDS und SPD einen gemeinsamen Gesetzentwurf zur Senkung der „Hürden“ für Volksbegehren und -entscheide vorgelegt. Vgl. Neues Deutschland, 14. Februar 2002.

<sup>61</sup> Programm der PDS Berlin zu den Abgeordnetenhauswahlen am 21. Oktober 2001 „Miteinander für Berlin“.

<sup>62</sup> Hubertus Knabe: Die PDS braucht das Vergessen, in: Die Welt, 17. Januar 2002.

Der Haushaltsentwurf für 2002/2003 weist vor allem Einsparungen bei den Investitionen auf, wo fast jeder zweite Euro wegfällt (-2,1 Milliarden Euro). Dass diese Haushaltspolitik nicht gerade ein wirtschaftsfreundliches Klima fördert, liegt auf der Hand. Die rot-rote Koalition fordert, wie schon im Koalitionsvertrag vereinbart, zudem den Bund auf, mittelfristig Berlin zu unterstützen. Um den Druck zu erhöhen, zieht sich das Land aus der Finanzierung der Museumsinsel zurück. Von der Ankündigung 250 Millionen Euro aus der Sozialhilfe einsparen zu wollen, kann am Ende wenig übrig bleiben, da der Anspruch auf Sozialhilfe durch Bundesgesetz geregelt ist. Ebenso unrealistisch erscheint das Ziel, 6.000 Sozialhilfeempfänger in Arbeit zu bringen.<sup>63</sup>

## 7. Schlussbetrachtung

Das Bild der PDS in Regierungsverantwortung – bzw. der Tolerierung der Macht – ist durchaus ambivalent. Die Erfolgsbilanz in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt fällt dürftig aus. Beiden Ländern ist es nicht gelungen, ihre strukturellen Defizite und die wirtschaftliche Situation zu verbessern. Insbesondere bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit kann sich die PDS – sieht man von der reinen Klientelpolitik einmal ab – keine Verdienste zuschreiben. Fragt man nach einem anderen Ziel der PDS, nämlich der Erringung der kulturellen Hegemonie, kann ihre Politik in Teilen als erfolgreich bewertet werden.

Doch zeichnet sich auf der programmatischen Ebene ein sanfter Paradigmenwechsel ab, der allerdings voller Widersprüche ist. Zum einen findet sich ein Sammelsurium von Schlagwörtern des Wirtschaftsliberalismus. Zum anderen finden sich Reminiszenzen an die alte Doktrin des Staatssozialismus. Die PDS fordert gleichermaßen die Veränderung der Macht- und Eigentumsverhältnisse und eine innovative Marktwirtschaft, oder wie Arbeitsminister Helmut Holter (Mecklenburg-Vorpommern) formulierte die „antikapitalistische Marktwirtschaft“.<sup>64</sup>

Ob dies im Sinne des Parteilehrjahres tatsächlich ein unaufgelöster „antagonistischer“ Widerspruch oder doch nur politisch-ideologische Diversion ist, bleibt offen. Am wahrscheinlichsten ist, dass die PDS sich systematisch auf eine Koalition auf Bundesebene einstellt. Daher ist sie bereit, die inhaltlichen Widersprüche nicht nur auszuhalten, sondern sie bewusst als Brautgabe beizusteuern. Im Bewusstsein, dass ein großer Teil der ehemaligen politischen Forderungen nur zu Zwistigkeiten auf der Regierungsebene führen könnten, opfert die PDS

---

<sup>63</sup> FAZ, 20. März 2002 „Sparhaushalt für Berlin“.

<sup>64</sup> Der Spiegel, Nr. 43/1998, S. 44.

Teile ihres Programms dem Machtpragmatismus. Gleichzeitig gilt die Devise, dass die PDS „die Protestadresse“ bleiben soll.<sup>65</sup>

---

<sup>65</sup> So PDS-Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch, FAZ, 11. April 2001